sätzliche Tötungsdelikte treten im Entwurf die §§ 104 (Mord) und 105 (Totschlag). Die Neufassung entspricht dem realen Kriminalitätsgeschehen und den in der Gerichtspraxis entwickelten Grundsätzen. Unter dem Tatbestand des Mordes werden alle Fälle vorsätzlicher Tötung erfaßt, bei denen keine besonderen Schuldmilderungsgründe vorliegen. Damit wird den im Volke verwurzelten Rechtsanschauungen besser Rechnung getragen.

Nach dem bisher geltenden Recht sind als Mord nur die schwersten Fälle vorsätzlicher Tötung zu bestrafen, deren spezifische Merkmale aber — verglichen mit der realen Kriminalität — durchaus nicht erschöpfend erfaßt und teilweise willkürlich ausgewählt waren. Für die schwersten Fälle der vorsätzlichen Tötung sieht § 104 auch die Todesstrafe vor. Im § 105 werden vorsätzliche Tötungshandlungen, bei denen Schuldmilderungsgründe vorliegen, mit Freiheitsstrafe bis zu acht Jahren bedroht.

Schutz des sozialistischen Eigentums und der Volkswirtschaft

Die Gesamtkriminalität wird in ihrem Umfang weitgehend durch die Eigentumskriminalität bestimmt. Wenn auch die Mehrzahl dieser Delikte geringfügig ist, so wird doch durch sie und auch durch eine nicht unbeträchtliche Zahl schwerwiegender Eigentumsdelikte ein großer Schaden verursacht. Neben der Sicherung von wirksamen Maßnahmen gegen die Vielzahl kleinerer Eigentumsdelikte muß die Wachsamkeit insbesondere gegen Delikte erhöht werden, die in organisierter Form unter Mißbrauch staatlicher oder gesellschaftlicher Funktionen oder unmittelbar durch Mitarbeiter im Rechnungswesen mit dem Ziel begangen werden, sich große Vermögensvorteile zu verschaffen. In besonders schweren Fällen erstrecken sich derartige Eigentumsdelikte über mehrere Bereiche der Volkswirtschaft. Solche Delikte haben beispielsweise in Produktionsbetrieben ihren Ausgang und setzen sich über Mitarbeiter des Transportwesens und des Großhandels bis in den Einzelhandel fort.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Fassung der Strafbestimmungen zum Schutze der sozialistischen Volkswirtschaft gewidmet. Welche wirtschaftsschädigenden Handlungen müssen unter den Bedingungen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung mit strafrechtlichen Mitteln verfolgt werden? Keineswegs geht es dabei um eine Ausdehnung des Strafrechts. Das Problem besteht in der exakten tatbestandsmäßigen Erfassung der wirtschaftsschädigenden Handlungen, die zur Sicherung der planmäßigen Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik mit den Mitteln des Strafrechts bekämpft werden müssen. Grundanliegen der Strafbestimmungen des fünften Kapitels des Besonderen Teils des Strafgesetzbuch-Entwurfs ist es zu sichern, daß strafrechtliche Mittel auf diesem Gebiet nur dann zur Anwendung gelangen, wenn andere rechtliche Möglichkeiten zur wirksamen Bekämpfung von Rechtsverletzungen im Bereich der Volkswirtschaft, wie z. B. die disziplinarische oder die materielle Verantwortlichkeit, nicht ausreichen. Strafrechtliche Mittel können nicht die Schaffung klarer Verantwortungsbereiche und die Durchsetzung einer wissenschaftlichen Führungstätigkeit in der sozialistischen Volkswirtschaft ersetzen. Das Strafrecht darf nicht zu einer Beschränkung der schöpferischen Initiative der Werktätigen, zu einer Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheit der Wirtschaftsfunktionäre führen, denn dies müßte sich hemmend auf die Entwicklung der sozialistischen Volles Wirtschaft und auf die Mehrung des Nationaleinkommens auswirken. Der falschen Auffassung mancher Wirtschaftsfunktionäre „Wir stehen mit einem Bein im Zuchthaus“ muß durch die Ausgestaltung des neuen Strafgesetzbuches genauso entgegengetreten werden wie der verantwortungslosen Meinung „Uns kann sowieso nichts passieren“.

Das geltende Recht zum strafrechtlichen Schutz der Wirtschaft ist durch die gesellschaftliche Entwicklung seit langem überholt. Dies gilt vor allem für die Wirtschaftsstrafverordnung aus dem Jahre 1948, die auf die Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen gerichtet war und von einer administrativen Wirtschaftsleitung ausging. Um die neuen Bedingungen berücksichtigen zu können, die sich mit der Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung und mit der wissenschaftlich-technischen Revolution für die Entwicklung und Bekämpfung der Kriminalität in der Volkswirtschaft ergeben, wurden vielfältige Untersuchungen durchgeführt und Gutachten von Wissenschaftlern und Wirtschaftsfunktionären eingeholt. Die vorliegenden Strafbestimmungen zum Schutze der sozialistischen Volkswirtschaft sind durch folgende Erwägungen gekennzeichnet:

— Den im Prozeß der volkswirtschaftlichen Entwicklung auftretenden Schwierigkeiten und Konflikten sowie menschlichen Unvollkommen-